

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Mühlmann (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales

Fälschung oder Nutzung gefälschter oder verfälschter Impfausweise oder Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die **Kleine Anfrage 7/5410** vom 29. November 2023 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Februar 2024 beantwortet:

1. Wie viele Strafverfahren im Zusammenhang mit der Fälschung von Impfpässen oder der Nutzung gefälschter oder verfälschter Impfpässe oder Ähnlichem wurden in Thüringen seit dem Jahr 2020 eingeleitet (jährliche Gliederung nach Deliktsbezeichnung und Corona-Bezug in Ergänzung der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7/3145 in Drucksache 7/5828)?

Antwort:

Für das Jahr 2020 liegen keine Angaben im Sinne der Frage vor. Im Zusammenhang mit der Fälschung oder Nutzung gefälschter oder verfälschter Impfausweise oder des Gebrauchs unrichtiger Gesundheitszeugnisse wurden 428 Fälle im Jahr 2021 und 1.715 Fälle im Jahr 2022 bekannt.

Delikt	2021	2022
Urkundenfälschung (§ 267 Strafgesetzbuch - StGB)	274	1.371
Vorbereitung der Fälschung von amtlichen Ausweisen; Vorbereitung der Herstellung von unrichtigen Impfausweisen (§ 275 StGB)	14	19
Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen (§ 273 StGB)	14	
Fälschung von Gesundheitszeugnissen (§ 277 StGB, bis 23.11.2021)	34	
Unbefugtes Ausstellen von Gesundheitszeugnissen (§ 277 StGB, ab 24.11.2021)	0	29
Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 278 StGB)	16	58
Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 279 StGB)	76	204
Mißbrauch von Ausweispapieren (§ 281 StGB)		34

Die Differenz zur Beantwortung der Kleinen Anfrage 7/3145, Drucksache 7/5828, ergibt sich aus Fällen des Jahres 2021, bei denen ein "Impfausweis" Gegenstand polizeilicher Prüfungen war, zwischenzeitlich aber keine Relevanz im Hinblick auf angefragte Strafverfahren im Zusammenhang mit der Fälschung von Impfpässen oder der Nutzung gefälschter oder verfälschter Impfpässe oder Ähnlichem mehr feststellbar ist.

2. Welche dieser Strafverfahren wurden der Politisch motivierten Kriminalität zugeordnet (jährliche Gliederung nach Deliktsbezeichnung und Corona-Bezug sowie Zuordnung zur Politisch motivierten Kriminalität oder der Kriminalität ohne politische Motivation in Ergänzung der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 7/3145 in Drucksache 7/5828)?

Antwort:

Der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) - nicht zuzuordnen - wurde ein Fall des Gebrauchs unrichtiger Gesundheitszeugnisse (§ 279 StGB) im Jahr 2021 aufgrund der Umstände der Tat und der Erkenntnisse zu Tatverdächtigen zugeordnet.

3. Wie viele Hausdurchsuchungen nach welcher jeweiligen Rechtsgrundlage gab es im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren wegen der Fälschung oder Nutzung gefälschter oder verfälschter Impfausweise oder des Gebrauchs unrichtiger Gesundheitszeugnisse seit dem Jahr 2020 (jährliche Gliederung nach Deliktsbezeichnung, Corona-Bezug, anonymisiertem Kurzsachverhalt und Rechtsgrundlage)?

Antwort:

Statistische Angaben im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

4. Wie viele freiheitsentziehende und freiheitsbeschränkende Maßnahmen nach welcher jeweiligen Rechtsgrundlage gab es im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren wegen der Fälschung oder Nutzung gefälschter oder verfälschter Impfausweise oder des Gebrauchs unrichtiger Gesundheitszeugnisse seit dem Jahr 2020 (jährliche Gliederung nach Deliktsbezeichnung, anonymisiertem Kurzsachverhalt und Rechtsgrundlage)?

Antwort:

Ausweislich der Strafverfolgungsstatistik gab es in den Jahren 2020 bis 2022 in Thüringen zwar sowohl Verurteilungen zu Freiheitsstrafen als auch Anordnungen von Untersuchungshaft wegen Urkundenfälschung (§ 267 StGB). Dazu, ob diese Verurteilungen und Anordnungen im Zusammenhang mit Impfausweisen standen, liegen allerdings keine statistischen Erkenntnisse vor. Wegen der übrigen in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Straftaten gab es in diesem Zeitraum nach der Strafverfolgungsstatistik weder Verurteilungen zu Freiheitsstrafen noch Anordnungen von Untersuchungshaft.

Maier
Minister